

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Paritätischer kritisiert Regelbedarfsermittlung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die Ergebnisse des zurückliegenden Verfahrens zur Regelbedarfsermittlung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kritisiert und auf der Grundlage einer eigenen Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durch das Statistische Bundesamt einen konkreten Alternativvorschlag vorgestellt. Nach den Berechnungen des Paritätischen müsste der Regelsatz für Erwachsene bei sachgerechter Herleitung zum 1. Januar 2017 von derzeit 404 Euro um 28,7 Prozent auf dann 520 Euro angehoben werden. Der Paritätische hat in seiner Regelsatzexpertise im Detail dargelegt, wie sich die Forderung zusammensetzt. Die Forderungen haben auch Eingang in die Stellungnahme des Verbandes zum Entwurf eines Regelbedarfsermittlungsgesetzes 2017 gefunden. Die Regelsatzexpertise und die Stellungnahme sind auf der Webseite des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes abrufbar.

www.der-paritaetische.de

Bildung der Eltern beeinflusst die Schulwahl für Kinder

Das Bildungsniveau der Eltern beeinflusst nach wie vor die Wahl der weiterführenden allgemeinbildenden Schule für Kinder. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, besuchten Kinder unter 15 Jahren, deren Eltern selbst einen hohen Bildungsabschluss haben, im Jahr 2015 mehrheitlich das Gymnasium (61 %). Der Besuch einer Realschule oder einer Schule mit mehreren Bildungsgängen (jeweils 18 %) stellt für Kinder hochgebildeter Familien dagegen seltener eine Alternative dar. Der Hauptschulbesuch ist von untergeordneter Bedeutung (3 %). Je niedriger der Bildungsabschluss der Eltern, umso seltener fällt beim Schulbesuch der Kinder die Wahl auf ein Gymnasium. Für Kinder von Eltern mit mittlerem Bildungsniveau spielt die Realschule (35 %) die größte Rolle, nur 30 % besuchen das Gymnasium. Ein fast ebenso

großer Teil der Kinder (28 %) lernt an einer Schule mit mehreren Bildungsgängen. Die Hauptschule wird selten gewählt (7 %).

www.destatis.de

Junge Erwachsene mit Fluchterfahrung: neue Fördermittel

Unter dem Titel »Ich bin HIER! Willkommen« initiiert der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband innerhalb des Bundesprogramms »Kultur macht stark« auch Bündnisse für Bildung, die niedrigschwellige sozialraumorientierte Angebote für junge Menschen von 18 bis 26 Jahren mit Fluchterfahrung schaffen. Ziel der Angebote ist es, die Teilnehmenden mit ihrer neuen Lebenswelt vertraut zu machen und so ihre kulturellen Kompetenzen zu fördern und ihr Selbstkonzept zu stärken. Gefördert werden dreitägige bis zweiwöchige Kurse, in denen bis zu zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Anleitung von künstlerischen und pädagogischen Fachkräften durch einen kulturpädagogischen Ansatz ihren Sozialraum kennenlernen. Das Programm setzt darauf, durch vielfältige Angebote insbesondere die Sprache und Kommunikation der jungen geflüchteten Erwachsenen zu fördern. Die Bündnispartner sollten gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen und über Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Erwachsenen mit und ohne Fluchterfahrung verfügen.

<https://foerderung.buendnisse-fuer-bildung.de>

Polizeiliche Bearbeitung von Jugendsachen

Die Broschüre »Polizeiliche Bearbeitung von Jugendsachen« des Landeskriminalamts Niedersachsen richtet sich an Absolventen des Studiengangs Soziale Arbeit. Informiert wird aus polizeilicher Sicht über die Grundlagen des Jugendstrafverfahrens, der polizeilichen Jugendsachbearbeitung sowie der polizeilichen »Vorgangsbearbeitung«. Zum praktischen Verständnis sind Anlagen zu Ermittlungsvorgängen

bei gefährlicher Körperverletzung und Diebstahl beigefügt. Die Handreichung steht im Internet zur Verfügung.

www.lka.polizei-nds.de

Bundesrat beschließt neue Mindestanforderungen an Gutachter

Sachverständige für familiengerichtliche Gutachten müssen künftig eine psychologische, psychotherapeutische, psychiatrische oder ärztliche Berufsqualifikation haben. Pädagogen und Sozialpädagogen können nur dann berufen werden, wenn sie über eine diagnostische oder analytische Zusatzqualifikation verfügen. Der Bundesrat hat im September 2016 ein entsprechendes Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts gebilligt (BR-Drucksache 465/16). Bisher gab es keine förmlichen Anforderungen an die Ausbildung der Gutachter. Zusätzlich enthält das Gesetz einen neuen Rechtsbehelf, mit dem Beteiligte in kindschaftsrechtlichen Verfahren gegen unbegründete Verfahrensverzögerungen vorgehen können. Laut Bundesrat wer-



Der 10. Kongress der Sozialwirtschaft wird am 27. und 28. April 2017 in Magdeburg mit dem Rahmenthema »Die vernetzte Gesellschaft sozial gestalten« befassen. Bei der derzeit stattfindenden Themenauswahl werden sowohl unterschiedliche Leistungsbereiche als auch Anbietergruppen der Sozialwirtschaft berücksichtigt. Wert gelegt wird bei der Planung auf ausreichend Zeit für themenbezogene und informelle Begegnungen der teilnehmenden Führungskräfte, Referenten und Veranstalter.

www.sozkon.de

Politik und Soziale Arbeit – ein spannungsreiches Verhältnis

Das Verhältnis von Politik und Sozialer Arbeit ist, wie die beiden Autoren einer neuen Einführung in das Thema bereits im ersten Satz ihres Buches aufzeigen, eng und spannungsreich. Im entsprechenden Fachdiskurs lässt sich als unumstritten festhalten, dass die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit von der Politik geprägt werden und die sozialpädagogische Praxis von politischen Entscheidungen abhängig ist. Kontrovers hingegen wird mit der Rolle und dem Auftrag der Sozialen Arbeit im politischen System umgegangen. Zu einer entsprechenden Aufklärung und Weiterentwicklung trägt die Literatur bislang wenig zu bei. Es fehlt an einer Perspektive, die Politikwissenschaft und Soziale Arbeit aufeinander bezieht. Diese Lücke möchten die Autoren mit dem Lehrbuch (versuchen zu) schließen, indem Politikwissenschaft für die Zwecke Sozialer Arbeit nutzbar gemacht und in deren Forschung und Lehre verankert wird. Das Lehrbuch enthält fünf Kapitel, die in zwei Teile gegliedert sind. Auf eine kompakte Einführung folgt der erste Teil, der sich Grundlagen nennt und sich aus den ersten beiden Kapiteln zusammensetzt. Das erste Kapitel beschäftigt sich aus einer praxisorientierten Sichtweise heraus mit den Begriffen Politik und Soziale Arbeit. Im zweiten Kapitel werden, für die darauf folgende thematisierte Politikanalyse, wichtige Orientierungen, Theorien und Methoden aus der Politikwissenschaft nachvollziehbar erarbeitet. Der anschließende zweite Teil des Buches, der die restlichen drei Kapitel beinhaltet, fokussiert die Politikanalyse in der Sozialen Arbeit in Orientierung am dreidimensionalen

Politikbegriff: policy (Inhalt), polity (Institution), politics (Prozess). Auf Grundlage dessen werden in den folgenden Kapiteln Problem, Institutionen und Prozessanalyse anschaulich dargestellt und erläutert. Neben dem Aufzeigen beispielhafter Untersuchungsdesigns und der Klärung der politischen Ebenen mit ihren Institutionen, Kompetenzen und Anforderungen, werden einige strategische Ansätze für politisches Handeln erörtert. Des Weiteren wird exemplarisch der Nutzen einer Mikropolitikanalyse für die Soziale Arbeit aufgezeigt. Abschließend widmen sich die Autoren der Politischen Professionalität in der Sozialen Arbeit, indem sie zusammenfassend auf Voraussetzungen und Anforderungen, sowie Chancen und Risiken eingehen. Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass das neue Lehrbuch ein professionelles Verständnis für die politischen Grundlagen des Berufsfeldes der Sozialen Arbeit vermittelt und im Bereich der Politikwissenschaft eine gewisse Sensibilität für Problemstellungen aus der Sozialen Arbeit schafft. Dadurch ist es ihnen gelungen, die anfangs erwähnte fehlende Perspektive einer Beziehung zwischen Politikwissenschaft und Sozialer Arbeit zu schaffen, die zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit beiträgt.

Ann-Kristin Bäßler

Benjamin Benz, Günter Rieger: Politikwissenschaften für die Soziale Arbeit. Eine Einführung. Springer VS, Wiesbaden 2015. 203 Seiten. 18,99 Euro. ISBN 978-3531174495.

den in Deutschland jährlich rund 270.000 familiengerichtliche Gutachten verfasst. Dabei gehe es in der Regel darum, welche Maßnahmen etwa bei Sorgerechtsentzug, Umgangsregelung für das Wohl des Kindes oder zur Abwehr einer Kindeswohlgefährdung erforderlich sind.
www.bundesrat.de

Spurensuche Inklusion

Der Film »Inklusion – eine Spurensuche« des Paritätischen Landesverbandes Berlin untersucht die Möglichkeiten für behinderte Menschen zu einer gleichberechtigten Teilhabe im Alltag. Welche Hindernisse gibt es – in der Umgebung und in den Köpfen? Der Filmemacher Ralf Mischnick lässt Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zu Wort kommen und füllt den abstrakten Begriff der Inklusion mit Leben. Der 40-minütige Film steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.
www.youtube.com/watch?v=nwe36mHOjcQ

Webportal zur neuen Pflegebegutachtung

Anfang 2017 greift der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Damit ändert sich auch die Begutachtung von pflegebedürftigen Menschen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK)

grundlegend. Ein neues Internet-Angebot, das von den Medizinischen Diensten gemeinschaftlich getragen wird, will die wichtigsten Fragen rund um die Pflege-reformen beantworten. Für Pflegebedürftige und Angehörige stehen ein Flyer und eine Checkliste für den MDK-Besuch zur Verfügung. Für Experten aus Einrichtungen und ambulanten Diensten gibt es ausführliche Erläuterungen zum neuen Begutachtungsinstrument. Ein herunterladbarer Flyer gibt es in leichter Sprache sowie in mehreren Übersetzungen. Ein Video will das neue Begutachtungsverfahren anschaulich und verständlich erklären.
www.pflegebegutachtung.de

Bundesrahmenempfehlungen Prävention verabschiedet

Die Nationale Präventionskonferenz hat erstmalig Bundesrahmenempfehlungen zur Gesundheitsförderung verabschiedet. Die Empfehlungen benennen die Handlungsfelder der Gesundheitsförderung, das Leistungsspektrum und die Beiträge der Sozialversicherungsträger sowie die konkreten Maßnahmen der zu beteiligenden Organisationen und Einrichtungen. Durch die Orientierung am Lebenslauf sollen Menschen in allen Lebenswelten erreicht werden – angefangen von Maßnahmen in Kindergärten und Schulen über Gesundheitsförderung in Betrieben

und Präventionsarbeit in kommunalen Einrichtungen bis hin zu Aktivitäten in Pflegeeinrichtungen. Die Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz nach § 20d Abs. 3 SGB V sind im Internet abrufbar.
www.gkv-spitzenverband.de

Positionspapier »Unterstützten Beschäftigung im Zuverdienst« veröffentlicht

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen und der Paritätische Gesamtverband haben ein Positionspapier zur unterstützten Beschäftigung mit Zuverdienst erarbeitet. Die Positionen werden von insgesamt 14 Verbänden getragen. Die Veröffentlichung ist im Internet abrufbar.
www.bag-if.de

Soziale Daseinsvorsorge im Wandel

Die Veränderungen in der sozialen Daseinsvorsorge in den letzten Jahren hat das Diakonische Werk in einem Diskussionspapier zusammengefasst. Bedeutsame Aspekte bei den Ausführungen sind die Rolle der Europäischen Union und die veränderten Finanzierungsgrundlagen sozialer Dienstleistungsangebote. Der 56-seitige Diakonie-Text kann aus dem Internet kostenlos heruntergeladen werden.
www.diakonie.de

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

**Corporate Citizenship**

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehrten
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität

Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Soziale Medien und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014

Freiwilliges Engagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014

Migration heute

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2014

Freie Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2014

Sterben, Tod, Trauer

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2015

40 Jahre Psychiatrie-Enquete

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2015

Soziale Investitionen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2015

Bildungswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2015

Wirkungen planen und dokumentieren

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2015

Teilhabe

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2015

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2016

Aus- und Weiterbildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2016

Rechtsextremismus

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2016

Erwachsen werden

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2016

Flüchtlingshilfe und Zuwanderung

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2016

Jahresabonnement incl. Online 79,- € (Privatbezieher); Studenten und arbeitslose Bezieher (jährliche Vorlage einer Bescheinigung erforderlich) 41,- €; Institutionen incl. Online 129,- €; Einzelheft 18,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz

Online nachforschen kann man seit kurzem über die Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz. Die neue Internet-Plattform bündelt Informationen und bietet neben Definitionen und rechtlichen Grundlagen rund um die Kinder- und Jugendpolitik auch eine aktuelle Bestandsaufnahme in Form von Porträts der Kantone. Erweitert wird die Plattform um Informationen aus verschiedenen Gemeinden.

www.kinderjugendpolitik.ch

Video zum Peer Counseling

Der Landschaftsverband Rheinland hat mit der Medienberatungsagentur maz und media einen Kurzfilm über das Modellprojekt Peer Counseling produziert und ins Internet gestellt. Vorgestellt wird darin das Konzept der Beratung von Menschen mit Behinderung durch Menschen mit Behinderung. Der sechsminütige Film stellt Menschen mit Behinderung vor, die als Peer-Berater arbeiten oder diese Beratung nutzen. Einer von ihnen ist der 21-jährige Dominik Altgott, der ungeachtet seiner Behinderung mit ambulanter Unterstützung selbstständig wohnt. Den Mut von zuhause auszuziehen hat er durch die Beratung auf Augenhöhe gefasst. Den positiven Effekt der Beratungen bestätigt auch die Prognos AG, die im Auftrag des Landschaftsverbandes Rheinland das Modellprojekt wissenschaftlich evaluiert. Aus dem Zwischenbericht geht hervor, dass die Ratsuchenden das Angebot als überdurchschnittlich positiv bewerten und es als wertvolle Ergänzung zu den vorhandenen Beratungsstrukturen sehen. Insgesamt finanziert und unterstützt der Landschaftsverband zehn Peer-Beratungsangebote im Rheinland.

www.lvr.de

(Suchbegriff: Peer Counseling)

Sprachmittlung ist Teil der Jugendhilfeleistungen

Sprachmittlung ist unabdingbarer Teil der Kinder- und Jugendhilfeleistung und damit besteht entsprechend dem jeweiligen Rechtsanspruch auf die Leistung auch ein Rechtsanspruch auf Sprachmittlung. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens von Prof. Dr. Johannes Münder. Das Deutsche Rote Kreuz hat nun diese in seinem Auftrag erarbeitete Rechtsexpertise über die »Sprachmittlung als Teil der Leistungen

in der Kinder- und Jugendhilfe« veröffentlicht. Das 36-seitige Gutachten klärt die Rechtslage in Bezug auf die Frage, ob bei unterschiedlichen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ein Anspruch auf Sprachmittlung besteht und wie die Finanzierung der dafür erforderlichen Kosten erfolgen kann.

<http://drk-kinder-jugend-familienhilfe.de>

Soziale Arbeit in der Pädiatrie

Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen hat eine Projektgruppe eingerichtet, die ihren Fokus auf die Soziale Arbeit in der Pädiatrie richten will. Sowohl im stationären als auch im ambulanten Versorgungsbereich werden in diesem Arbeitsfeld spezielle Anforderungen an die sozialen Fachkräfte gestellt. Anders als in den meisten übrigen medizinischen Fachbereichen ist der Zugang zu der Patientengruppe das Alter und nicht ein spezielles Fachgebiet. Trotzdem sind sehr unterschiedliche Altersgruppen mit ihren jeweiligen Entwicklungsstufen zu berücksichtigen, von Frühgeborenen bis hin zu jungen Erwachsenen. Hier ist beispielsweise ein unterschiedlicher Grad

an Partizipation auf der einen und die Entscheidungen der Sorgeberechtigten auf der anderen Seite zu berücksichtigen. Ansprechpartner für die neue Projektgruppe ist Jürgen Freiberg vom Patientenmanagement des Universitätsklinikums Bonn. juegen.freiberg@ukb.uni-bonn.de

Apps für behinderte Menschen und ihre Helfer

Mobil-Geräte und Apps für Menschen mit Behinderung sammelt eine neue Website. Die Übersicht soll helfen, das richtige System und nützliche Apps zu finden. Die Webseite wird bereit gestellt von der Global Accessibility Reporting Initiative und dem Mobile Manufacturers Forum, einem internationalen Verband von Mobilfunkgeräteherstellern. www.gari.info/index.cfm?lang=de

Systemische Psychotherapie wirkt

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen hat einen Prüfbericht veröffentlicht, der Hinweise für den Nutzen von systemischer Therapie bei Erwachsenen aufweist. Die beiden systemischen Fachverbände begrüßen

Komplexleistung Resozialisierung



Das seit den 1950er-Jahren ungesteuert entwickelte System der Resozialisierung bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Die ambulanten und stationären Maßnahmen und Hilfen zur Reduzierung des Rückfalls – Strafvollzug, Bewährungshilfe, Freie Straffälligenhilfe – erreichen nicht mehr die fachlich mögliche optimale Wirkung. Diese These untermauern Bernd Maelicke und Christopher Wein in einem neuen Buch mit aktuellen empirischen Untersuchungen aus den deutschen Bundesländern und einem internationalen Vergleich beispielhafter Innovationen. Das vorgelegte Gesamtkonzept einer wirkungsorientierten

und nachhaltigen »Komplexleistung Resozialisierung« beruht dabei auf fünf Bausteinen: dem fachlichen Konzept, dem Case-Management als professioneller Methode der Fallsteuerung, dem Resozialisierungs-Management als Handlungskonzept für Führungskräfte, einer Opferorientierung als sozial gerecht erweiterter Zielsetzung und einer verstärkten Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Interventionswirksamkeit aller Akteure. In konkreten Vorschlägen zu Resozialisierungs- und Opferschutzgesetzen auf Landesebene werden Analysen und Innovationsvorschläge zusammengefasst und eine Strategie zu einer dringend gebotenen Verbesserung der politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Resozialisierung entwickelt.

Bernd Maelicke, Christopher Wein: *Komplexleistung Resozialisierung. Im Verbund zum Erfolg.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. 242 Seiten. 49,- Euro. ISBN print 978-3-8487-2845-9, ISBN online 978-3-8452-7450-8, DOI: 10.5771/9783845274508. www.nomos-shop.de.

die positive Begutachtung und sind zuversichtlich, dass systemische Therapie künftig in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen wird. Besonders klare Hinweise auf die Wirksamkeit systemischer Therapie fanden die Forscher für die Störungsbereiche Angst- und Zwangsstörungen sowie Schizophrenie.
www.dgsf.org

Überschuldung häufig durch unplanbare Änderungen der Lebensumstände

Für fast jede fünfte Person (19 %), die im Jahr 2015 eine Beratung in einer der 1.400 deutschen Schuldnerberatungsstellen begonnen hatte, war der Verlust des Arbeitsplatzes der Hauptauslöser für die Überschuldungssituation. Bei 15 % der Fälle führten gesundheitliche Probleme zu finanziellen Schwierigkeiten. Weitere 14 % der Schuldnerberatungen waren aufgrund der finanziellen Folgen einer Trennung beziehungsweise Scheidung oder des Todes des Partners oder der Partnerin nötig. Überschuldung durch »unwirtschaftliche Haushaltsführung« wurde hingegen lediglich in 11 % aller Fälle als Hauptgrund festgestellt. Bei 7 % der beratenen Personen hatte die auf lange Sicht unzureichende Einkommenssituation trotz einer wirtschaftlichen Haushaltsführung zu den finanziellen Problemen geführt (»längerfristiges Niedrigeinkommen«).

www.destatis.de

Hilfsmittelverzeichnis online abrufbar

Das offizielle Hilfsmittelverzeichnis der gesetzlichen Krankenversicherung ist neuerdings bei der Informationsplattform REHADAT im neuen Design, barrierefrei und auch mit mobilen Endgeräten abrufbar. Der Spitzenverband der Krankenkassen listet die von der Leistungspflicht der Kranken- und Pflegekassen umfassten Produkte in dem Hilfsmittel- und Pflegehilfsmittelverzeichnis auf (vgl. § 139 SGB V i.V.m. § 78 Abs. 2 SGB XI). Bisher wurden mehr als 20.000 Produkte in das Verzeichnis aufgenommen. Es bietet einen guten Marktüberblick und bildet eine Informationsgrundlage für alle am Versorgungsprozess beteiligten Personen und Organisationen. Durch das Verzeichnis sollen die Voraussetzungen für einen qualitätsorientierten Wettbewerb geschaffen werden.

www.rehadat-gkv.de

Kennzahlen

*»Man hat behauptet,
die Welt werde durch Zahlen regiert;
das aber weiß ich, dass Zahlen uns belehren,
ob sie gut oder schlecht regiert werde.«*

Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter (1749–1832)

21.300

Die durch das Robert-Koch-Institut geschätzte Zahl der in der Saison 2014/2015 durch Influenza-bedingten Todesfälle in Deutschland

41.446.262

Zahl der Wohnungen in Deutschland (Stand 31. Dezember 2015)

19.183.461

Zahl der Krankenhauspatienten im Jahre 2015 in Deutschland (Krankenhausstatistik 2015)

1.953

Zahl der Krankenhäuser in Deutschland (Krankenhausstatistik 2015)

1.153

Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (Krankenhausstatistik 2015)

77.645

Zahl der Minderjährigen, die im Jahre 2015 in Deutschland in Obhut genommen wurden (§ 42 SGB VIII)

630.073

Zahl der Unternehmen, die Ende 2015 bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege versichert waren